

Deutsch-französischer Zukunftsdialog 2012

Neue Modelle für die Hochschulfinanzierung Handlungsempfehlungen für die euro-mediterrane Kooperation

von Adrien Maitrinal, Marouane Rabie, Tim Sauler

Das Budget der Universitäten in Deutschland, Frankreich und Marokko speist sich in erster Linie aus öffentlichen Mitteln. In allen drei Ländern haben die Bildungseinrichtungen in zunehmendem Maße Probleme, eine ausreichende finanzielle Ausstattung sicherzustellen, um den bestehenden Qualitätsansprüchen gerecht zu werden: Im Norden unterliegt auch das Hochschulwesen dem Sparkurs der öffentlichen Haushalte, während die Situation in Marokko zusätzlich durch die demografische Entwicklung verschärft wird, durch die eine wachsende Zahl an Studenten an die Universitäten strömt. Diese finanziellen Belastungen erscheinen im Kontext einer wachsenden internationalen Konkurrenz – insbesondere durch amerikanische und asiatische Universitäten – besonders beunruhigend.

Das marokkanische Hochschulwesen wird fast vollständig aus öffentlichen Mitteln finanziert (98,7 Prozent), während private Investitionen lediglich 1,1 Prozent des Hochschulbudgets ausmachen und der Anteil ausländischer Fördergelder zu vernachlässigen ist. Marokko wendet ein Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Hochschulbildung auf, was im Jahr 2012 einer Summe von 8,8 Milliarden Dirham (ca. 802,72 Millionen Euro; Wechselkurs Oktober 2012) entsprach. Der Betrag stellt eine erhebliche Belastung für den Staatshaushalt dar, in dem die Ausbildung eines Arztes mit 100.000 Euro und die eines Ingenieurs mit 40.000 bis 60.000 Euro zu Buche schlägt.

Deutschland widmete im Jahr 2009 etwa 1,3 Prozent seines BIP der Finanzierung des Hochschulwesens, wobei sich der Anteil öffentlicher Mittel trotz wachsender Investitionen aus dem Privatsektor (15,6 Prozent gegenüber 11,8 Prozent im Jahr 2000) auf 84,4 Prozent belief. Die Hochschulausbildung eines Studenten kostet in Deutschland im Durchschnitt 12.160 Euro pro Jahr. Fast alle deutschen Universitäten sind öffentlich, wobei die Bundesländer seit dem Jahr 2005 Studiengebühren erheben dürfen. Im gleichen Jahr startete die deutsche Regierung eine »Exzellenzinitiative« im Hochschulbereich, um die Forschung an ausgewählten Universitäten zu stärken und ihre Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich zu erhöhen.

In Frankreich liegt der Anteil der öffentlichen Mittel an der Hochschulfinanzierung bei 84 Prozent. Der Anteil des Hochschulsektors am BIP ist vergleichbar mit dem des Nachbarlands Deutschland, wobei Frankreich für jeden Studenten pro Jahr im Schnitt 10.560 Euro aufwendet. Das Gesetz über die Rechte und Pflichten der Universitäten (Loi relative aux Libertés et Responsabilités des Universités (LRU)) aus dem Jahr 2008 hatte zum Ziel, den Anteil von Privatinvestitionen im Bereich der Hochschulfinanzierung zu steigern, insbesondere indem den Universitäten das Recht zugestanden wurde, durch die Gründung von Stiftungen zusätzliche Mittel einzuwerben. Dennoch bleibt der Anteil von Mitteln aus dem Wirtschaftssektor an der Finanzierung von Bildungseinrichtungen in Frankreich bis heute extrem gering.

Angesichts der anstehenden Herausforderungen erscheint es sinnvoll, dass Deutschland, Frankreich und Marokko – oder allgemeiner Europa und der Maghreb – einen gemeinsamen Reflexionsprozess über die künftige Finanzierung ihrer Hochschulsysteme anstoßen. Das erste der folgenden Szenarien skizziert die Möglichkeit einer verstärkten Einbeziehung privater Mittel in die Hochschulfinanzierung, das zweite diskutiert eine vollständige Privatisierung des Hochschulsystems, und das dritte Szenario stellt die Idee einer euro-maghrebinischen Strategie zur Unterstützung der universitären Mittelakquisition vor.

Szenario I: Wachsende Bedeutung des Privatsektors

Der Bedarf an privater Finanzierung im Hochschulsektor tritt immer deutlicher zu Tage. Die Regierungen auf beiden Seiten des Mittelmeers sind – insbesondere in Krisenzeiten – nicht länger in der Lage, eine umfassende Finanzierung des Hochschulwesens sicherzustellen. Der Bildungssektor der Mittelmeerländer leidet an einer Unterfinanzierung, die sich auf die Qualität von Forschung und Lehre auswirkt. Viele junge Wissenschaftler wandern daher in die Vereinigten Staaten ab, wo die Universitäten über umfangreiche Mittel verfügen, die zu großen Teilen aus dem Privatsektor stammen.

Die Finanzierung aus privaten Mitteln kennt dabei zwei unterschiedliche Modelle: die Finanzierung durch Privatpersonen oder durch Unternehmen. Mehrere Formen einer Finanzierung durch Privatpersonen sind denkbar:

- Ehemaligennetzwerke (Alumni): Amerikanische Universitäten greifen in großem Umfang auf diese Finanzierungsquelle zurück, wobei die Spenden ehemaliger Studenten einige Hundert, aber auch einige Millionen Dollar umfassen können. Zur Organisation derartiger Ehemaligennetzwerke müssen geeignete Strukturen geschaffen werden.
- Spenden von Privatpersonen: Diese Finanzierungsform umfasst direkte Spenden an die Universität ebenso wie die gezielte finanzielle

Unterstützung von Forschungsprojekten. Notwendig ist hierzu die Schaffung von Teams an den Bildungseinrichtungen, die mit der Anwerbung von Großspendern zur Finanzierung von Forschungsprojekten betraut sind.

- Private Stiftungen: In Form von Forschungsverträgen oder Stipendien finanzieren private Stiftungen wissenschaftliche Forschungsprojekte oder unterstützen Studenten und Forscher.

Im Bereich der Finanzierung durch Unternehmen muss die Beziehungen zwischen Unternehmen und Hochschuleinrichtungen besser strukturiert werden, beispielsweise durch die Einrichtung spezialisierter Arbeitseinheiten an den Universitäten und die Vereinfachung der Fundraising-Verfahren. Auf Seiten der Unternehmen könnte die Schaffung eines Beauftragten für Hochschulkooperation erwogen werden. Zudem wäre die Gründung weiterer Unternehmensstiftungen wünschenswert, die auf der Basis von wissenschaftlich kontrollierten Auswahlverfahren Forschungsprojekte fördern.

Eine engere Bindung der Hochschulabsolventen an ihre Universität erscheint jedoch ebenso schwer zu erreichen wie eine intensivere Kooperation zwischen Bildungseinrichtungen und Wirtschaftsunternehmen, würde diese doch eine umfassende Umorientierung auf beiden Seiten erfordern.

Szenario II: Vollständige Privatisierung des Hochschulwesens

Drei Personengruppen profitieren vom Hochschulsystem: Studenten, die eine erfolgreiche Karriere starten wollen, Arbeitgeber, die gut ausgebildete Fachkräfte benötigen, und die Gesellschaft zur Befriedigung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse. Warum also sollte die Finanzierung der Hochschulbildung nicht auf den Schultern der Studenten und ihrer künftigen Arbeitgeber ruhen und den Universitäten eine größere Autonomie übertragen werden? Folgende Ansätze weisen in diese Richtung:

- Eine deutliche Anhebung der Studiengebühren, die durch eine Erleichterung der Kreditvergabe ausgeglichen werden könnte. Um einer erheblichen Verschuldung der Studenten zum Ende ihrer Ausbildung vorzubeugen, wie sie beispielsweise in den USA zu beobachten ist, könnten die Kredite zu niedrigen oder ohne Zinsen durch staatliche Institutionen statt durch Banken vergeben werden.
- Alternativ oder ergänzend könnte zumindest ein Teil der Studienkosten auf die Arbeitgeber übertragen werden. Dem Vorschlag eines englischen Bildungsforschers¹ folgend könnte die Lösung auch in einer »Hochschulabsolventensteuer« bestehen, die als prozentualer Anteil des

¹ Vgl Rich 2011.

Gehalts des Angestellten auf die Arbeitgeberabgaben aufgeschlagen wird.

Eine Umsetzung der genannten Vorschläge würde dazu führen, dass Hochschulbildung kein öffentliches Gut mehr darstellt. Die Bildungseinrichtungen wären vollständig privatisiert und würden nach dem Vorbild eines Unternehmens unabhängig von Staatsmitteln verwaltet. Sie wären auf den Finanzmärkten aktiv und hätten den Auftrag, ihre akademische Forschung kommerziell zu nutzen.

Ein solches Szenario birgt jedoch das Risiko, dass eine bedeutende Gruppe junger Menschen vom höheren Bildungswesen ausgeschlossen bleibt. Zudem könnte seine Realisierung dazu führen, dass die für die Universitäten und Studenten rentableren Fachbereiche überentwickelt werden, was sich zum Nachteil der weniger gut »kommerzialisierbaren« Fächer (Geisteswissenschaften) auswirken würde.² Und nicht zuletzt würde ein derartiger Ansatz die akademische Freiheit gefährden.

Szenario III: Eine regionale Perspektive

Die Universitäten in den drei Ländern ebenso wie in der gesamten EU und im Maghreb könnten die Herausforderung ihrer Finanzierung als Chance nutzen, um den Fähigkeiten ihrer Studenten auf internationaler Ebene mehr Anerkennung zu verschaffen und die interkulturelle Verständigung zu fördern. Bereits ein wenig kostenintensives Programm unter der Aufsicht der Europäischen Kommission und der Regierungen des Maghreb könnte dazu beitragen, den europäischen und maghrebischen Universitäten die Suche nach Finanzmitteln zu erleichtern. Ein solcher euro-maghrebischer Plan, der auf einer freiwilligen Beteiligung der universitären Einrichtungen beruht, könnte folgende Maßnahmen umfassen:

- Die Entwicklung eines gemeinsamen Qualitätsprädikats für Universitäten, das nach einer Prüfung durch die Europäische Kommission an teilnehmende Bildungseinrichtungen auf beiden Seiten des Mittelmeers vergeben wird. Hierdurch werden die Attraktivität der maghrebischen Universitäten erhöht und ihre Finanzierungsquellen erweitert. Zur Umsetzung einer solchen Maßnahme könnten die Erfahrungen mit dem Tempus-Programm der Europäischen Kommission und die entsprechenden Abkommen herangezogen werden.³

² Unter den Bedingungen der oben genannten „Hochschulabsolventensteuer“ könnten die Universitäten das Angebot von Kursen, die „wenig Gewinn bringen“ einstellen, da die so ausgebildeten künftigen Arbeitnehmer geringere Gehälter haben und damit eine geringere Steuerabgabe generieren.

³ Das Programm Tempus wurde 1990 ins Leben gerufen und bezieht heute 27 Staaten aus Osteuropa, Zentralasien, Nordafrika und dem Mittleren Osten ein. Es unterstützt (in Kooperation mit

- Die Erstellung einer gemeinsamen Datenbank, die für alle universitären Einrichtungen in Europa und im Maghreb zugänglich ist und den Austausch von »best practices« im Bereich des Fundraisings bei privaten Partnern erleichtert.
- Eine teilweise Bündelung der nationalen Stipendienprogramme der europäischen und maghrebinischen Staaten, um ein Förderprogramm für hervorragende Studenten aufzulegen, das für die Studierenden die Mobilität zwischen beiden Seiten des Mittelmeers zur Bedingung hat. Als Vorbild könnte das Programm Erasmus Mundus dienen. Zudem könnten die Europäische Kommission und die maghrebinischen Regierungen eine abgestimmte Vergabe von Krediten (oder Garantien für Bankkredite) an europäische und maghrebinische Studenten ins Auge fassen, die ein im universitären oder beruflichen Kontext als relevant beurteiltes Projekt bei einer der Partnereinrichtungen einreichen.

Einer solchen euro-maghrebinischen Strategie lägen einige grundsätzliche Prinzipien zu Grunde, darunter die Leistungsanforderungen an die beteiligten universitären Einrichtungen, die nach zuvor festgelegten Kriterien evaluiert werden, die Respektierung der Autonomie der Einrichtungen und das Streben nach sozialer Gerechtigkeit beim Zugang zur Hochschulbildung. Dennoch setzt ein derartiger euro-maghrebinischer Plan einen starken politischen Willen zu einer kulturellen und intellektuellen Annäherung zwischen den beiden Seiten des Mittelmeers voraus, an dem es aktuell zu mangeln scheint. Im Gegensatz zu den europäischen Staaten verfügen die Regierungen Algeriens, Marokkos und Tunesiens zudem nicht über eine gemeinsame Institution, welche die Länder im Rahmen eines solchen Programms repräsentieren könnte, was die Gefahr von Ungleichgewichten zwischen den Partnern bergen könnte.

Schlussfolgerung

In einem Punkt stimmen die drei vorgestellten Szenarien überein: Da die Universitäten in Europa und im Maghreb ihre Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Rahmen, insbesondere gegenüber den amerikanischen und asiatischen Universitäten, steigern müssen, erscheint eine verstärkte Einbindung von Unternehmen und Stiftungen in den Hochschulsektor unausweichlich. Dabei geht es nicht allein um Finanzierungsmöglichkeiten, sondern auch um Ideen und Know-How.

Eine vollständige Liberalisierung und Privatisierung der Hochschulbildung erscheint hingegen wenig wünschenswert, da dieses Modell kaum mit der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit in Einklang zu bringen ist, die

Hochschuleinrichtungen, Unternehmen, Ministerien und Nichtregierungsorganisationen) die Modernisierung der Hochschulbildung in den Zielländern durch die Vermittlung von neuen Programmen, Materialien und Reformansätzen.

besonders in Deutschland und Frankreich hohen Stellenwert genießt. Auch der Notwendigkeit aller drei Länder und insbesondere Marokkos, die Ausbildungskapazitäten für junge Menschen deutlich auszubauen – wie dies die globalisierte Weltwirtschaft und der wachsende Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften erfordert – widerspricht ein Modell vollständiger Privatisierung. Deutschland, Frankreich und Marokko bzw. Europa und der Maghreb müssen daher gemeinsam neue Modelle der Hochschulfinanzierung erörtern und umsetzen, die gleichermaßen eine tragfähige Finanzierung, eine wachsende Beteiligung des Privatsektors, Exzellenz in der Lehre und eine internationale und interkulturelle Öffnung garantieren.

Adrien Maitrinal ist Projektbeauftragter an der französischen Botschaft in Tunis. Marouane Rabie ist Student der Ingenieurwissenschaft an der Ecole Marocaine des Sciences de l'Ingénieur in Rabat. Tim Sauler arbeitet bei der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucher der Europäischen Kommission. Der Text gibt ausschließlich die Meinung der Autoren wider. Er ist im Rahmen des Projekts »Deutsch-französischer Zukunftsdialog« entstanden, das von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), dem Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) des Institut français des relations internationales (Ifri) und der Robert Bosch Stiftung gemeinsam organisiert wird.

Bibliographie

Chiappori, Pierre-André (Herausgeber), *Financement de l'enseignement supérieur: quelle place pour les entreprises?*, Les notes de l'Institut de l'Entreprise, Juni 2011. <http://www.sauvonsluniversite.com/IMG/pdf/financement_enseignement_web.pdf> (zuletzt abgerufen am 11.12.2012).

Council for Aid to Education, *Colleges and Universities raise \$30.30 Billion in 2011*. Februar 2012. http://www.cae.org/content/pdf/VSE_2011_Press_Release.pdf (11/12/2012)

Jaramillo, Adriana et Melonio, Thomas, *Enseignement supérieur au Moyen-Orient et en Afrique du Nord: Atteindre la viabilité financière tout n visant l'excellence*. Agence Française de Développement, August 2011. <http://cmimarseille.org/_src/SELM2_FinancingHigherEducationReport_FR.pdf> (zuletzt abgerufen am 11.12.2012).

Melonio, Thomas et Mezouaghi, Mihoub, *Le financement de l'enseignement supérieur en Méditerranée. Cas de l'Égypte, du Liban et de la Tunisie*. Agence Française du Développement, avec la contribution de l'IREDU et l'École d'économie de Paris, April 2010. <<http://www.afd.fr/webdav/site/afd/shared/PUBLICATIONS/RECHERCHE/Scientifiques/Recherches/01-Recherches.pdf>> (zuletzt abgerufen am 11.12.2012).

OECD: *Regards sur l'éducation 2012, Les indicateurs de l'OCDE*. September 2012. <<http://www.oecd.org/fr/edu/rse2012.htm>> (zuletzt abgerufen am 11.12.2012).

Rich, Johnny, *How a better HE funding system could make everybody happy*. 2011. <http://pearsonblueskies.com/wp-content/uploads/2011/05/03-pp_023-026.pdf> (zuletzt abgerufen am 11.12.2012).

Wissenschaftsrat, der Vorsitzende, *Neuere Entwicklungen der Hochschulfinanzierung in Deutschland*. Juli 2011. <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/VS_Bericht_Juli_2011.pdf> (zuletzt abgerufen am 11.12.2012).